

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbjährlich 75 Pfennig frei ins Haus
„Kleber“; durch die Post bezogen im inländischen
Verkehr monatlich 1.50 Mk. ; Einzelnummern 10 Pfg.
Cirkontokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutenburg
Jn. l. g. l. Wildb. ; Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges.
Haberle & Co. Wildbad. ; Postkontokonto Stuttgart. 20174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beitzelle oder deren
Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerh. 20 einchl.
Inf.-Steuer. Restsumme 60 Pfg. ; Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Auktionserteilung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. ; Schluss der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. ; In Konkursfällen od. wenn gerichtl.
Beitreibung notw. wirts. fällt jede Nachlassgewähr. weg.

Druck, Verlag u. Schriftleitung Theodor Gatz, Wildbad, Wilhelmstraße A 151. Wohnung: Bismarckstraße 237.

Nummer 276

Freitag 179

Donnerstag den 25. November 1926

Freitag 179

61. Jahrgang

Der Freiheitsbrief der britischen Dominien

Das Ende des „Empire“

Die britische Reichskonferenz hatte einen Unterausschuss eingesetzt, der sich mit der Frage der Beziehungen der Dominien zum Mutterland beschäftigte und Vorschläge machen sollte, wie sie dauernd zu regeln wären. Das setzt voraus, daß man in London eine Neuordnung des Verhältnisses der Dominien zum Mutterland für wünschenswert gehalten hat. Der Bericht, den dieser Unterausschuss erstattet hat, bedeutet eine glatte Ablehnung der Londoner Wünsche; die Dominien denken zunächst nicht daran, sich dem Mutterland gegenüber neu zu binden. Dagegen wünschen sie als selbständige Staaten, die mit dem Mutterland lediglich durch Personal-Union verbunden sind, auch äußerlich anerkannt zu werden. Und dieser Wunsch ist ihnen erfüllt worden. Den Generalgouverneuren der Dominien wird jede Regierungsgewalt genommen; sie gelten nur noch als Vertreter des Königs und werden künftig nicht mehr auf Vorschlag der Londoner Regierung, sondern auf Vorschlag der Regierung des in Frage kommenden Dominions ernannt. Eine grundlegende Wandlung im inneren Bau des Staatswesens, das man bisher „das britische Reich“ nannte, kommt damit vorläufig zum Abschluß, und wenn man verstehen will, was das bedeutet, muß man schon zurückgehen auf die Ziele, die den Vätern des Reichs einst vorschwebten. Denn aus dem Drumherumgerede der britischen Presse, das eher dazu bestimmt ist, die tatsächliche Wandlung zu verschleiern, wird man Klarheit darüber nicht gewinnen.

Charles Dille, der den Begriff vom „Größeren Britannien“ geprägt hat, schloß die Vereinigten Staaten noch munter und zuversichtlich mit ein: „Durch das staatliche Gebilde Nordamerikas redet England zur Welt.“ Die Tatsache des „größeren Britanniens“ stellte der Geschichtsschreiber John Seeley 1883 der Welt vor und er begründete ihre Notwendigkeit also: „Halten die Vereinigten Staaten und Rußland noch fünfzig Jahre zusammen, so werden am Ende dieser Zeit solche alten europäischen Staaten wie Frankreich und Deutschland ganz zwerghaft erscheinen und in die zweite Klasse hinabsinken. Dasselbe wird mit England geschehen, wenn England am Ende dieser Zeit noch immer sich einfach für einen europäischen Staat hält.“

Das will sagen: England muß aus Europa herauswachsen und als Staat, als „Empire“ (Weltreich) die Welt umspannen. Noch deutlicher wurde Cecil Rhodes in seinem ersten „Testament“, worin er sein ganzes Vermögen einer Geheimgesellschaft vermachte, deren Ziel die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die Welt sein sollte. Ganz Afrika, Palästina, das Euphratthal, Ägypten und Kreta, ganz Südamerika, die Inseln des Stillen Ozeans, die malaisischen Inseln, die Seeküste von China und Japan, forderte Rhodes für den britischen Anführer, die Vereinigten Staaten von Amerika wollte er dem britischen Reich wieder einverleiben und das Ganze dann durch parlamentarische Vertretung der Kolonien zusammenschweißen. So haben die Väter der Leute aus, die Deutschland, mittels einer infamen Lügenverbreitung, später vorwarfen, es strebe nach der Weltbeherrschung.

Joseph Chamberlain versuchte den inneren Ausbau und die Festigung des Britischen Reichs vorwärtszutreiben. Sein Vorbild war dabei das Werden des Deutschen Reichs auf der Grundlage des Zollvereins. Die englischen Staatsmänner, denen für das britische Reich eine bestimmte Form vor Augen schwebte, die Form des Bundesstaats, ungeachtet nach dem Muster des Deutschen Reichs, hielten ein Bündnis Englands mit Deutschland für wünschenswert. Bismarck hätte es am liebsten schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts geschlossen, er wäre froh gewesen, wenn er es Ende der 80er Jahre von Salisbury hätte haben können. Der unternehmungslustige Joseph Chamberlain (nicht zu verwechseln mit dem heutigen Austin Chamberlain!) hat das Bedürfnis mit Deutschland beharrlich gesucht, er hatte ein sicheres Gefühl dafür, daß Englands Weltstellung auf der Verknüpfung mit der stärksten Festlandsmacht beruhe. Da Wilhelm II., Hofstein und Bülow nicht begriffen, daß die Zukunft Deutschlands, mit seiner rasch wachsenden Bevölkerung, gleichfalls nur sicher ruhe auf der Verknüpfung mit der stärksten Seemacht, zerstückelte sich das Weltgeschäft, das Chamberlain geplant hatte. England wandte sich Frankreich zu, Joseph Chamberlain selbst stürzte sich in den Tarifkampf, worin er — ohne die Rückversicherung einer Verständigung mit dem aufstrebenden deutschen Industriegebiet — dem wiedererwachenden Geist des liberalen Manchesterismus in England erliegen mußte.

Das liberale englische Kabinett, das nach Chamberlains großer Wahlniederlage ans Ruder kam, war ganz beherrscht von der Furcht vor dem jungen deutschen Wettbewerb. So ward es Swaleski und Poincaré nicht allzuschwer, das liberale englische Kabinett in den Weltkrieg hineinzugängen. Der Traum des raffgierigen Händlergewisses, mit Hilfe der halben Welt den unbehaglichen Nebenbuhler — der

Tagesspiegel

Reichspräsident von Hindenburg hat wegen des Unglücks auf dem Torpedoboot „Möwe“ bei Pillau an den Reichswehrminister ein Beileidschreiben gerichtet. — Der Unfall hat, nachdem noch ein Verwundeter gestorben ist, drei Todesopfer gefordert.

Nach einer amtlichen Mitteilung im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete beträgt die Bejahungsstärke nach dem Stand vom 15. September 1926 rund 80 000 Mann gegenüber rund 88 000 Mann im März 1926. In Bezug auf die beschlagnahmten Bürgerwohnungen ist zwar in den letzten Monaten eine kleine Erleichterung eingetreten, immerhin sind noch 4907 Bürgerwohnungen und 2674 Einzelzimmer nach dem Stand vom 15. September 1926 beschlagnahmt.

Das Reichsarbeitsministerium beantragt beim Reichstag die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge über den 27. November hinaus.

Am Freitag findet eine Besprechung von Vertretern des Deutschen Beamtenbunds mit dem Reichsfinanzminister über Beihilfen für die Beamten statt.

In Berlin sollen, wie verlautet, neue Gesandtschaften der britischen Dominien Südafrika, Kanada und Australien errichtet werden.

Der deutsche Botschafter v. Höpff hatte mit Briand eine Unterredung, in der auch über die weiteren „Entwaffnungsforderungen“ gesprochen wurde.

Der Danziger Volkstag hat das Gesetz, das die Regierung ermächtigt, Maßnahmen zur Rettung aus der zerfahrenen Lage zu treffen, in zweiter Beratung angenommen. Doch soll der Volkstag berechtigt sein, gegebenenfalls die erlassenen Verordnungen aufzuheben. — Um das Ermächtigungsgesetz war heftig gekämpft worden.

Die finnische Regierung erklart bei militärischen Forderungen im Parlament eine Niederlage und wird zurücktreten.

Die britische Reichskonferenz, die seit dem 10. Oktober tagte, wurde am 23. November geschlossen.

In London ist der Geschäftsträger der Sowjetunion kraschin gestorben.

Wie England, will nach dem Daily Telegraph auch Japan seine Politik gegenüber der revolutionären Kantongregierung, die bisher gegnerisch war, ändern, da Südjapans mit dem Moskauer Bolschewismus nichts zu tun haben wolle. In Mittelchina seien die Kantontuppen willkommen. Der Friede in China könne weit eher durch die Führer von Südjapans als durch die des Nordens (Tschanghsin, Wupelsu usw.) hergestellt werden.

aber zugleich Englands Vetter zwangener war: — zumachen zu schlagen, ging nach vier banger Jahren doch noch in Erfüllung; der Traum eines die Welt umspannenden „britischen Imperiums“ aber war ausgeträumt.

Die Engländer selbst, die in gewissen Fragen blind sind, haben's nur noch nicht gemerkt; es wird ihnen erst jetzt durch die Dominions bestätigt. Hätten die Kriegsmacher um Grey offene Augen gehabt, so hätten sie darauf bedacht sein müssen, Deutschland — wie immer es durch den Krieg geschwächt werden sollte — doch blüdensfähig zu erhalten.

Der brutale Demagoge Lloyd George aber, in seiner außenpolitischen Kurzsichtigkeit, stellte den Knackpunkt des verhassten Gegners als Kriegsziel auf — und sah nicht, daß dieser Knackpunkt, mindestens so sehr wie Deutschland, auch das „Imperium“ treffen mußte. Heute erhält er von den Dominions die Bestätigung für seine falsche Reichspolitik. Durch die Erfahrungen des Kriegs gewöhnt, bedanken sich die Dominions dafür, Teile eines von London aus regierten „Empires“ zu werden. Des zum Zeichen nehmen sie auch den Locarno-Pakt nur „zur Kenntnis“. Schließlich ist zu erwähnen, daß die Dominions Beiträge zur Unterhaltung der britischen Flotte und zum Bau des Kriegshafens in Singapur abgelehnt haben. Von großer Bedeutung ist ferner, daß Irland auch förmlich aus der Gemeinschaft mit Großbritannien gelöst und gleichberechtigt neben die Dominions gestellt wird, was die Ausmerzungen der Bezeichnung „Vereinigtes Königreich“ bedingt und eine entsprechende Änderung des königlichen Titels nötig macht. Das alles bedeutet noch nicht den Zerfall. Aber aus dem selbigelegten „Empire“, wie es Dille, Seeley, Rhodes und Chamberlain vor Augen sahen, ist ein locker gefügter Völkerbund, ein „Commonwealth“ geworden. Und es ist für die Engländer, denen eine Einsicht über die bedeutende Wandlung dämmert, ein schwacher Trost, daß dieser Völkerbund einmütig gegen den Genfer Völkerbund auf den Hinterbeinen steht; weil der nämlich die Politik verschleierter Annexionen, die unter dem Deckmantel der Mandate getrieben worden, nicht ohne weiteres mitmachen will.

Waffen wir ihnen den Trost. Aber seien wir uns klar darüber, daß der Krieg das im Werden begriffene englische

Empire nicht weniger schwer mitgenommen hat, als das Deutsche Reich. Möglich, daß der neue Völkerbund, der an die Stelle des „Empires“ getreten ist, noch jahrhundertlang zusammenhält. Ebenso möglich ist aber auch, daß wir am Anfang einer Entwicklung stehen, die England wieder zu einer Insel der großen asiatischen Halbinsel Europa macht.

Neue Nachrichten

Reichsregierung und Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. Nov. Wie die Blätter erfahren, wird sich die Reichsregierung in den nächsten Tagen in einer Kabinettsitzung mit der Angelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschäftigen und die nötigen Vorbereitungen treffen für den Fall, daß diese Frage auch im Reichstag zur Sprache gebracht wird. Im übrigen ist von Interesse, daß Reichskanzler Dr. Marx gleich nach der Ueberrahme der Kanzlerschaft über den Kauf der D. A. Z. unterrichtet worden und grundsätzlich mit ihm einverstanden gewesen ist.

Die Weimarkoalition in Baden

Karlsruhe, 24. Nov. Nachdem die Koalition zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten nach langen Verhandlungen zustande gekommen war, wählte der Landtag gestern die Regierung nach den getroffenen Vereinbarungen: Dr. Köhler (Z.), Finanzminister Remmele (Soz.) Innenminister, Dr. Truntz (Z.) Justizminister, Otto Leers Unterrichtsminister. — Als Staatsräte gehören der Regierung an Abg. Weisshaupt (Z.) und die sozialistischen Abgeordneten Marum und Maier-Heidelberg. Zum Staatspräsidenten wurde Dr. Köhler wiedergewählt. Die Bürgerliche Vereinigung (Deutschnationale und Landbund), Deutsche Volkspartei und die Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Der neue Unterrichtsminister Leers aus Heidelberg war Oberamtmann in Triberg und wurde 1919 ins Ministerium des Innern berufen. 1921 wurde er zum Ministerialdirektor ernannt.

Im Rahmen der Verträge

Paris, 24. Nov. Im Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten berichtete Minister Briand über die gegenwärtigen Fragen der Politik. Was Deutschland anlangt, so werden die Verhandlungen über das Verhältnis zwischen beiden Ländern im Rahmen des Vertrags von Versailles und der übrigen Verträge fortgesetzt.

Zu der Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland äußerte sich Briand Zeitungsvertreter gegenüber, die „Vereinigten Staaten von Europa“ wären die beste Bürgschaft gegen den Anschluß.

„Keine Zugeständnisse“

Paris, 24. Nov. Die Rede Stresemanns findet in der Pariser Presse einen unfreundlichen Widerhall. So schreibt der „Parisien“, Stresemann wünsche die Aufhebung der Militärüberwachung. Es hänge aber nur von Stresemann selbst ab, „das gegenseitige Vertrauen zu schaffen“, dadurch, daß er so rasch wie möglich die Ursachen beseitige, die die Ueberwachungskommission des Generals Bald hindere, Berlin zu verlassen. Deure fragt, warum denn Stresemann nicht die Völkerbundsüberwachung annehme, da doch die von ihm in Thoiry angebotene Milliardenentschädigung vorläufig nicht in Betracht komme. Der „Figaro“ meint, die Rede Stresemanns beweise, daß die deutsche Reichsregierung bezüglich der Hauptpunkte an Frankreich „keine Zugeständnisse“ machen wolle.

Räumung und Entwaffnung

Paris, 24. Nov. Wie einige Blätter berichten, verlangt der französische Generalstab von der französischen Regierung, daß bei der Dezembertagung des Völkerbundsrats in Genf von seiner früheren Räumung des Rheinlands gesprochen werde, ehe Deutschland vollständige Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs gegeben habe. Wie verlautet, soll Briand eine Lösung im Sinn des Vierländer-Sozialistenkongresses in Luxemburg beabsichtigen, wonach Deutschland vollständig entwaffnet werden und genügende Gewähr für die Sicherheit geben müsse. Dann könne das besetzte Gebiet geräumt werden.

Soviel bekannt ist, lehnt die Reichsregierung die Verbindung der Entwaffnungsfrage mit der Räumung ab.

Das beschlagnahmte ausländische Eigentum in America

Washington, 24. Nov. Der Verwalter des beschlagnahmten ausländischen Eigentums, Sutherland, erklärte im Haushaltsausschuss, der Gesamtbetrag des beschlagnahmten Eigentums überschreite nicht die Summe von 800 Millionen Dollar, vielleicht bleibe er hinter dieser Summe zurück. Die bisherige Schätzung war 400 Millionen. Der Demokrat Oldfield verlangte, daß eine genaue Aufstellung vorgenommen werde. Sutherland trat für die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums ein.

Deutscher Reichstag

Die Außenpolitik der Regierung

Berlin, 24. November.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsitzung stand die Aussprache über die auswärtige Politik. Abg. Emminger (Bayer. Vg.) gibt eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien ab. Die Parteien billigen die bisherige Außenpolitik der Reichsregierung, insbesondere die Verhandlungen von Genf und Thoiry. Wenn auch dieser Politik bis jetzt die Erfolge versagt geblieben seien, so sei sie doch als richtig anzuerkennen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund habe sich nach Überwindung mancherlei Schwierigkeiten unter den Bedingungen vollzogen, die den wesentlichen Forderungen Deutschlands entsprechen. Die Regierungsparteien stimmen dem Versuch, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zum Ausgangspunkt einer Verständigung mit Frankreich und einer Befreiung der besetzten Gebiete zu machen, uneingeschränkt zu. Eingehende Erörterungen der Außenpolitik seien gegenwärtig nicht zweckmäßig. Der Sieg der deutschen Mehrheit in Ostpreußen werde hoffentlich die polnische Regierung veranlassen, aus dem Wahlergebnis die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

Abg. Dr. Hörsch (Dnat.) weist darauf hin, daß der neue englische Botschafter bei seinem Empfang durch den Reichspräsidenten lediglich davon gesprochen habe, daß Locarno eine Hoffnung sei. Auch die britische Reichskonferenz habe noch nicht darüber entschieden, ob sie das Werk von Locarno billigen werde. Der Redner wendet sich dagegen, daß der deutsche Botschafter in Amerika zur Feier des Waffenstillstandstags die deutsche Flagge habe aufziehen lassen. Das hätte nicht geschehen dürfen. Denn tatsächlich festgelegte Waffenstillstandsabkommen die deutsche Niederlage. Wir halten weiter fest daran, daß die Lasten des Dawesplans von der deutschen Bevölkerung nicht aufgebracht werden können. Die Enttäuschung über Thoiry ist auf allen Seiten gleich. Die Befreiung des Rheinlands muß selbstverständlich so schnell wie möglich erfolgen, aber zu Vorleistungen haben wir gar keinen Anlaß. Die deutsch-nationale Fraktion hat immer gefordert, daß vor jeder Entscheidung in Völkerbundsfragen erst die vollständige Beseitigung der Militärüberwachung erfolgen müsse. Heute zeigt sich, wie berechtigt diese Forderung der nationalen Opposition war. Mit einer erfolgversprechenden Arbeit im Völkerbund ist nicht zu rechnen, solange Militärkontrollkommissionen in Deutschland tätig sind. Eine Verminderung der Besatzung sei bisher fast überhaupt nicht zu bezeichnen. Sogar eine nicht unbedeutende Zahl von farbigen Soldaten befindet sich noch auf deutschem Boden. (Hört, hört!) Es sei eine Phantasie, wenn man glaube, auf dem Weg der Locarnoverträge und der Völkerbundsordnung Konflikte verhindern zu können, ohne die Grundlage des Versailler Vertrags abzuändern. Die Angelegenheit des Städtewerks Chorzow beweise, daß Deutschland der größte Gläubiger des polnischen Staats sei, wobei man sich auf die Summe von 2,5 Milliarden Goldmark nicht festzulegen brauche. — Eine Garantie der jetzigen östlichen Grenzen könne niemals in Frage kommen. (Zustimmung rechts.) Es ergeben sich in der Praxis gewisse Berührungspunkte zwischen der Opposition und der Regierungspolitik. (Hört, hört.) Es wären zweifellos schon größere Erfolge zu verzeichnen, wenn die Regierung gleich den Forderungen der nationalen Opposition gefolgt wäre.

Reichsminister Dr. Stresemann

Er sei erfreut, daß Abg. Dr. Hörsch für sich und im Namen seiner Freunde (Deutsch-nationale) die Überzeugung von der Ehrlichkeit des französischen Außenministers (Briand) ausgesprochen habe. Die Frage der Beendigung der Militärüberwachung sei auch in Thoiry besprochen worden. Wenn man auf dem einen Weg nicht vorwärts komme, müsse man es eben auf einem anderen probieren. In der Ablehnung einer dauernden Garantie der deutschen Ostgrenzen gebe es in Deutschland keine Parteierkenntnisse. Eine solche Zusage sei auch von amtlicher französischer Seite niemals gestellt worden. Der deutsche Botschafter in Washington habe am 11. November aus eigenem Ermessen gefolgt und er (Stresemann) danke ihm dafür (Heiterkeit), denn die Siegesfeier in Amerika sei zugleich eine Totenfeier gewesen. (Unruhe und Widerspruch.) Die sachlichen Voraussetzungen für die Abberufung der Überwachungskommission seien gegeben; die Entwaffnung sei materiell tatsächlich abgeschlossen und die strittigen Fragen seien bis auf einen kleinen Rest erledigt. Von den beteiligten Regierungen müsse erwartet werden, daß sie aus dieser Sachlage die einzig möglichen Folgerungen

ziehen. Wenn gleichzeitig die allgemeine Abrüstung aller Völker erfolgt wäre, so wäre die deutsche Abrüstung ein Werk des Friedens gewesen. So war sie ein Werk der Demütigung. Auch in der Frage der nationalen Verbände habe die deutsche Regierung alles getan, was zur gewissenhaften Ausführung des Versailler Vertrags erforderlich gewesen sei. Die Regierung werde überall da gegen diese Verbände vorgehen, wo sie ihren Rahmen überschreiten. Ebenso werde sie darüber wachen, daß zwischen den Verbänden und der Reichswehr keinerlei Verbindung besteht. Angehörige der Reichswehr, die gegen diese Vorschriften verstoßen, werden unmissverständlich zur Verantwortung gezogen werden. (Beifall in der Mitte.) Kein Zweifel könne darüber bestehen, daß die Klärung der Untersuchungsfrage nicht zu einer rechtlichen Vorauslegung für die Zurückziehung der Militärkontrollkommission führen darf. Wir müssen der Welt immer wieder vor Augen halten, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, den allgemeinen Rüstungsstand der Welt aufrecht zu erhalten, aber einzelnen Staaten das Maß ihrer Rüstungen vorzuschreiben. Die gemeinsamen Aufgaben können nicht gelöst werden, solange nicht die trennende Schranke der Besetzung deutschen Gebietes beseitigt ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Reichsminister Dr. Gessler wendet sich gegen Angriffe, die in der letzten Zeit in der Linkspresse gegen das Reichswehrministerium und die Reichswehr erhoben worden waren auf Grund einer Denkschrift, die der Vorsitzende des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, über angebliche Verbindungen der Reichswehr mit den Wehrverbänden der Regierung überhand hatte. Es handele sich in Wirklichkeit um Streitigkeiten zwischen früheren aktiven Offizieren und ihren Verbänden darüber, wer die richtige Vaterlandsliebe habe. Die Reichswehr berühre das nicht, er würde auch keinerlei Eingriffe dulden. Man soll doch nicht bei jeder Gelegenheit die Reichswehr in den Streit der Meinungen zerren und sie als politischen Kampflplatz betrachten. Die Reichswehr tue ihre Pflicht und werde sie auch ferner tun.

Reichsregierung und Deutsch-nationale

Berlin, 24. Nov. Die Blätter stellen fest, daß in der gestrigen Reichstagsitzung der Redner der Deutsch-nationalen Volkspartei, der Geschichtsprofessor an der Berliner Universität Dr. Hörsch, die Kritik an der Außenpolitik der Regierung in bemerkenswerter schonender Form geübt und betont habe, daß die Mitgliedschaft Deutschlands beim Völkerbund nunmehr eine rechtliche Tatsache sei, mit der sich auch die nationale Opposition abgefunden habe. Ebenso habe Außenminister Dr. Stresemann in seiner Erwiderung sich abfällig jedes Angriffs gegen die nationale Opposition enthalten. Mit Bedacht habe Stresemann nicht, wie sonst meist üblich, gleich zu Beginn der Sitzung das Wort ergriffen, sondern die Erklärung der Regierungsparteien und die Ausführungen des Redners der nationalen Opposition abgewartet. Man könne eine Annäherung der Deutsch-nationalen an die Regierungspolitik feststellen.

Württemberg

Stuttgart, 24. Nov. Vom Landtag. Der Steuer-ausschuss hat in seiner zweiten Lesung des Entwurfs zur Änderung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer-gesetzes zunächst Art. 1 Nr. 1—13 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Bei Nr. 14 wurde ein Antrag Bock angenommen: Die Oberamtspflege hat von der nicht bis zum 20. eines Monats abgelieferten Steuer-schuld Verzugszinsen zu zahlen. Sie ist berechtigt, von der Gemeinde Verzugszinsen in derselben Höhe zu verlangen. In Fällen, wo die Einziehung der Zinsen unbillig wäre, kann die Staatshauptkasse sie der Oberamtspflege ganz oder zum Teil erlassen. In Art. 29 wurde folgender Antrag Hermann Hiller-Rant-Koth angenommen: Auszuschließen sind 90 Prozent der folgenden 1000 M, 60 Prozent der folgenden 1000 M, 50 Prozent der folgenden 2000 M, 40 Prozent der folgenden 2000 M, 30 Prozent der folgenden 2000 M, 20 Prozent vom Rest des gewerblichen Reinertrags. Hierzu wurde noch folgender Antrag Dr. Schott (B. P.) angenommen: Zu dem Abzug tritt bei Gewerbetreibenden, die den freien Berufen nachstehen, ein weiterer Abzug von 1500 M. Ferner wurde angenommen ein Antrag August Müller (B. P.): „Bei Elektrizitätswerken und Aktiengesellschaften gelten als steuerbarer Gewerbeertrag 60 Prozent des gewerblichen Reinertrags“, mit dem Zusatzantrag Winter, hinter „Aktiengesellschaften“ anzufügen: „die zu den öffentlichen Versorgungsbetrieben zählen und an denen Reich, Land, Gemeinde oder Gemeindeverbände beteiligt sind“. Angenommen wurde ferner der Antrag Müller-Bock: „Für das Rechnungsjahr 1926 wird der steuerbare Ge-

werbeertrag um 15 Prozent gekürzt. Im übrigen würde der Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen.

Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsgesetz für 1926 und 1927 festgelegt, durch den die Mittel für den Einbau von Kanzleiräumen für das Justizministerium in das Staatsgebäude Alter Schloßplatz 4 (Prinzenbau) in Stuttgart angefordert werden. Die bisherigen Räume des Justizministeriums wird das Innenministerium zur räumlichen Zusammenlegung seiner Dienststellen zugeteilt erhalten.

Verleihung des Beamtenzeichens. Das Reichsarbeitsministerium hat sich bereit erklärt, Anträge um Verleihung des Beamtenzeichens an Kriegsbeschädigte usw. ausnahmsweise auch dann zu erteilen, wenn die gesetzliche Frist von sechs Monaten überschritten ist, sofern die sachlichen Voraussetzungen erfüllt sind und der Bewerber nachweist, daß er mit dem Beamtenzeichen in einer bestimmten Beamtenstelle alsbald unterkommen kann, ohne daß er dadurch einem anderen Versorgungsberechtigten die Stelle wegnimmt. Ueber solche Einzelfälle entscheidet der Reichsarbeitsminister. Anträge sind an das zuständige Versorgungsamt zu richten.

Brennholzabgabe für Schwerverkriegsbeschädigte. Auch im nächsten Frühjahr wird wieder Brennholz zum Anschlagspreis an die Schwerverkriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Altveteranen aus den staatlichen Forsten zugeteilt. Die Anmeldungen müssen vor dem 1. Dezember 1926 bei den Schultheißenämtern eingereicht werden. Wo diese Anmeldungen nicht entgegengenommen werden sollten, sind sie an die zuständige Bezirksfürsorgestelle zu senden. Ein verheirateter Schwerverkriegsbeschädigter mit Kindern hat Anspruch auf 4 Rm., ein verheirateter ohne Kinder auf 3 Rm., ein lediger, eine Witwe und ein Altveteran haben Anspruch auf 2 Rm.

Stuttgart, 24. Nov. Vorführung von Traktoren für Landwirtschaft und Industrie. Am Samstag, den 27. November ds. Js., mit Beginn 8.30 Uhr vormittags, veranstaltet die Würtf. Landwirtschaftskammer in Murr, Station Mündingen O. Leonberg, eine Vorführung von verschiedenen Traktoren und einem kleinen kombinierten Raupen- und Radschlepper. Es werden folgende Zugmaschinen vertreten sein: 1. die 32 PS. Pochl-Ackerbaumaschine; 2. der 28 PS. W.D.-Radschlepper; 3. der 22 PS. Groß-Bulldog von Lang-Mannheim; 4. der 21 PS. Fordson-Traktor; 5. der 20 PS. Electrac-Raupenschlepper; 6. der 14 PS. Raupen- und Radschlepper der Schwäbischen Hüftenwerke, Werk Böblingen. Die Firmen Gebr. Oberhardt, Ulm a. D., Rudolf Benzler, Esslingen a. F. und R. f. S. Leipzig-Flagwitz, liefern für die Zugmaschinen verschiedene automatisch arbeitende Anhängesysteme.

Vom Tage. In einem Hause der Silberburgstraße verübte eine 32 Jahre alte Frau in der Küche ihrer Wohnung durch Einatmen von Gas Selbstmord. — In einem Schuppen des Licht- und Sonnenbads in Gaisburg brach morgens ein Brand aus. Das Feuer wurde durch die Feuerwehr 3 gelöscht. Der entstandene Schaden ist nicht unerheblich.

Esslingen, 24. Nov. Der große Einbruch in das hiesige Postamt Nr. 2 aufgeklärt. Der große Einbruch in das hiesige Postamt Nr. 2 in der Nacht zum 25. September, bei dem dem Täter für insgesamt 71 000 M Postwertzeichen, Steuer- und Versicherungsmarken in die Hände fielen, ist nunmehr aufgeklärt. In Verfolgung einer in den letzten Tagen aufgefundenen Spur haben Beamte der Polizei-Direktion und des Landes-Kriminal-Polizeiamts am Dienstag vormittag in dem Anwesen des 27 Jahre alten, von Königen stammenden Schreiners Julius Klein in Waldenweiler, Ode, Seckelberg, Oberamt Badnang, eine eingehende Durchsuchung vorgenommen und dabei den größten Teil der Beute und eine Menge von Lebensmitteln und Waren, die mit den fehlenden Wertzeichen angebracht worden waren, vorgefunden. Klein, der wegen Einbruchsdiebstahls mehrfach vorbestraft ist, wurde daraufhin festgenommen und mit einem weiteren Verdächtigen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der Einbruch selbst von dem 45 Jahre alten Kabelleger Robert Pfeil von Schöllhütte O. Badnang, einem schwer vorbestraften gewerkschaftlichen Arbeiter, ausgeführt worden ist. Klein hat angeblich die gesamte Beute von Pfeil um 100 M erworben. Pfeil befindet sich ebenfalls in Haft.

Gestern nachmittag wurde kurz unterhalb des Alicentwegs der Leichnam eines 17jährigen Mädchens, das vor 3 Wochen in einem krankhaften Anfall von Schwermut den Tod im Neckar gesucht hat, gefunden.

Sulzbach a. M., 24. Nov. Neues Postamt. Heute wurde das neu erbaute Postamt dem Verkehr übergeben.

Des Mitleids Liebe.

75 Roman von Robert Koch-Viska.

Das Klang so enttäuscht, daß Maria sich gern bezwungen und Euse etwas Liebes entgegnet hätte. Indes vermochte sie nicht, ein Gefühl des Reides gegen die Freundin zu unterdrücken. So antwortete sie: „Es scheint mir allerdings, als vertiefte sich der Abstand zwischen meinem Mann und mir, seitdem er Sie kennt. Das soll kein Vorwurf für Sie sein, Euse. Ich weiß, Sie geben ihm keine Veranlassung dazu. Aber warum kann er denn lachen und fröhlich werden, wenn er Sie sieht? Warum bleibt er es nicht, wenn er mit mir allein ist?“

Euse sah nachdenklich da, ehe sie auf Marias Fragen die Antwort fand.

„Vielleicht, Frau Maria, liegt das an Ihnen selbst? Vielleicht sind auch Sie anders, wenn ich nicht im Hause bin?“

Maria lachte leise: „Ich wußte ja, daß Sie ihn in Schutz nehmen würden. Das gleiche hat nämlich mein Mann vorhin gesagt — ich ändere mich, sobald Sie wieder fort seien. Entschuldigen Sie, Frau von Gerdenring... Sie müssen Verabredungen mit meinem Mann ein wenig geschickter treffen!“

Vor dem beleidigten Blick Euses schlug sie die Augen nieder.

„Sind Sie eifersüchtig?“ Euse fragte das, ohne den halb ungewollten Ernst des Wortes hinter dem scherzhaften Ton der Frage verborgen zu können, mit dem sie die Beleidigung zu überhören trachtete.

Da setzte sich Maria steif auf und sah mit großem, gnusthaftem Blick nach der Freundin.

„Hätte ich Grund, auf meinen Mann eifersüchtig zu sein — keinerlei Gewalt könnte mich in seinem Hause zurückhalten!“ warf sie hin.

Und unter der harten Antwort der jungen Frau kam ein Gefühl des Fremdwerdens über die arme Euse. Traurig geworden, schwieg sie, um Maria nicht noch mehr zu reizen.

Der Rest des Nachmittags verging dann in gleichgültigen Gesprächen. Die einmal verdorbene Stimmung kam nicht mehr über Unterhaltungen hinaus, die das Kind oder Euses Stellung als Erzieherin bei einer vornehmen deutschen Familie betrafen. —

Als Maria ihrem Mann von der Bekanntschaft mit Euse und von ihrem Wunsche, Trudchen ins Haus zu nehmen, erzählt hatte, waren des Rechtsanwalts Aufseherungen ein wenig zweifelnd und zurückhaltend geblieben. Nachdem er jedoch auf einem gemeinsamen Spaziergang Mutter und Kind kennengelernt hatte, fand er Marias Absicht, zu helfen, sehr begreiflich und freute sich im stillen Sinn über den wohlthätigen Sinn seiner jungen Frau. Wie herzlich gern er ihr ein Verlangen erfüllte, bewies er, indem er sich sofort nach einem Platz für Euse umtat. Bei seinen persönlichen und geschäftlichen Beziehungen zu ersten Familien der Stadt fiel es ihm nicht schwer, etwas Passendes zu finden, indem er seinen Einfluß geltend machte.

So kam Euse gar bald im Hause des deutschen Gesandten unter und brauchte sich dieser Stellung nicht zu schämen. Denn sie war hier weit mehr Mitglied der Familie, als nur die belehrende und erziehende Dame des Schöndens.

An Klementine hatte Euse noch nicht geschrieben. Sie fürchtete sich vor dem Augenblick, in dem sie mit Just,

als dem Vormunde Trudchens, in Verbindung zu treten hätte. So genoss sie behaglich die sie freier und friedlicher machende Zeit ihrer Unabhängigkeit und begann die Leiden des Winters zu verwinden. —

Das melodische Stundenverkünden des Zeitglockenturms schwang sich in einer Kirchenliedweise über den Sommertag hinaus und rann als ein aus der Höhe kommendes, feines Läuten in die Straße mit dem alten Brunnen.

Da öffnete der Rechtsanwalt die Tür.

„Marieli — es ist Zeit zu gehen. Frau Euse, wenn der alte Guggisberger recht behält, dann sehen Sie heute etwas, das Sie sobald nicht vergessen werden.“

„Ich komme nicht mit!“ erwiderte unwirsch Frau Maria.

„Nicht?“ rief er und trat, in das Zimmer kommend, dicht neben sie. „Maria, du vergiffest, daß ich bereits Befehl gab, den Wagen zu bespannen. Gib nicht immer den Diensthofen Gelegenheit, sich Gedanken darüber zu machen, daß von uns beiden stets jeder seine eigenen Wege geht.“

„Ich bleibe zu Hause!“ beharrte sie.

Das tödliche Gesicht des Anwalts wurde zu einem Schein dunkler: „Dann, Frau von Gerdenring, bitte ich, daß wenigstens Sie mich nicht im Stiche lassen.“

Euse war im Zweifel, wie sie sich verhalten sollte.

„Ich danke Ihnen, Herr Wangelin, für die Einladung. Ich möchte ja gern das berühmte Märchen Ihrer Heimat kennenlernen — allein, wenn Maria nicht mitfährt, so muß ich wohl für diesmal darauf verzichten.“

(Fortsetzung folgt.)



Deßlingen **Ul. Rottenburg**, 24. Nov. Ein Doppelwohnhaus niedergebrannt. Das Doppelwohnhaus in Langgraben, dessen eine Hälfte von Martin Schneider bewohnt ist, die andere Hälfte dem Karl Bisher gehört, jedoch an Georg Schneider vermietet ist, ist in der vergangenen Nacht abgebrannt. Die Abgebrannten sollen nicht verlehrt sein.

Deßlingen, 24. Nov. Gefahrter Wilderer. Am Sonntag haben Waldenburger Jäger den als W. r schon längst bekannten Wagner Johann Schürg von Feßbach auf der Bauersbacher Markung bei frischer Lat ertappt und festgenommen.

Heßbach, **Ul. Freudenstadt**, 24. Nov. Kircheneinweihung. Am Sonntag fand hier die Einweihung der erneuerten Kirche statt. Dekan Haller brachte warm gehaltene Handschreiben des Kirchenpräsidenten v. Merz und des Prälaten D. Schöll zur Verlesung.

Rottenburg a. N., 24. Nov. Vom bischöflichen Palais. Durch die Entfernung einer in die bischöfliche Hauskapelle eingebauten Zwischenwand kam eine wertvolle Stuckdecke mit guten Fresken zum Vorschein. An Stelle eines verloren gegangenen großen Mittelbilds hat Kunstmaler Bauer (Mettenberg-München) ein Bild der heiligen Dreifaltigkeit gemalt. In Zukunft soll in dem neuen Raum die Diözesangemädegalerie untergebracht werden.

Bessendorf, **Ul. Oberndorf**, 24. Nov. Himmelserscheinung. Am Montag morgen kurz nach 5 Uhr zeigte sich am überzogenen Himmel, in Form und Gestalt etwa einer Fahne ähnlich, ein Bild, das in herrlicher Farbenpracht aufleuchtete, aber nach wenigen Minuten wieder im Dunkel verschwand.

Unterföhringen **Ul. Biberach**, 24. Nov. Neue Brücke. Als Ersatz für die etwa 100 J. a. baufällig gewordene Brücke über die Riß wurde im Lauf dieses Jahres eine neue Eisenbetonbrücke unter großen Schwierigkeiten durch die verschiedenen Hochwasser erstellt und von kurzem dem Verkehr übergeben.

Saulgau, 24. Nov. Besuch des Reichsernährungsministers. Am kommenden Sonntag, den 28. November, wird Reichsernährungsminister Dr. Haslinger in der hiesigen Turnhalle vor einer von Zentrumsleute einberufenen Bauernversammlung sprechen.

Teitnang, 24. Nov. Landwirtschaftsschule. Der Gemeinderat beschloß, für eine hier zu errichtende landwirtschaftliche Winterschule die benötigten Räume im alten Schulgebäude oder den Bauplatz für einen Neubau zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 1927 wird im Land nur eine Winterschule errichtet werden, für die Teitnang oder Laupheim in Betracht kommen.

Liebenau, **Ul. Teitnang**, 24. Nov. Neubau in der Pflanzengasse. Die Pflanzengasse und Wohnanlage für einen Pflanzengarten und eine Zentralanlage für Küche, Waschküche und Heizung neu erstellen. Der Verwaltungsausschuß hat zu diesem Zweck einen engeren Wettbewerb unter einigen Architekten eröffnet. Geplant ist auch die Vergrößerung der Kapelle und deren Ausbau zu einer Kirche mit 600 Sitzplätzen. Der Neubau dürfte einen Kostenaufwand von 700 000 bis 800 000 M. erfordern.

Lauringen, 24. Nov. Verhütetes Eisenbahnunglück. In der Nähe der Schabringer Unterführung kam Freitag vormittag auf der eingleisigen Strecke dem von hier um 7.30 Uhr abgehenden Güterzug, der jeweils einen Personenwagen für die Dillinger Bildungsanstalten besuchenden Kinder mitführt, ein zweiter Güterzug von Dillingen her entgegen. Dem scheinbar an diesem Morgen und der Aufmerksamkeit der beiden Lokomotivführer ist es zu danken, daß die beiden Züge auf 15-20 Meter Entfernung zum Stehen gebracht und so ein schweres Unglück verhütet werden konnte.

Vom Ries, 24. Nov. Tödlicher Radfahrerunfall. Auf dem Weg von Wemding nach Gohheim ist die 33 J. a. Tochter des Bierbrauereibesizers Michael Baumann mit dem Rad tödlich verunglückt.

Baden

Karlsruhe, 24. Nov. Im Flur eines Hauses der Waldhornstraße verlor ein 39 J. a. Maschinist einem 29 J. a. Schlosser nach vorausgegangenem Wortwechsel einen Messerstich in die linke Schulter und verletzte ihn erheblich.

Rehl a. Rh., 24. Nov. Der hiesigen Grenzpolizei wurde vor einigen Tagen von der französischen Gendarmerie der in Hagenau i. E. verhaftete Deutsche Balthasar Jenerich ausgeliefert. Jenerich hat seinerzeit mit einem Gefährten zusammen die Darmstädter Bank in Worms durch Scheckfälschungen um 25 000 M. geprellt. Der Scheck war auf 85 000 M. ausgestellt, jedoch hatten die beiden nur 25 000 M. abgehoben und den Rest gutschreiben lassen.

Bad Dürrenheim, 24. Nov. Von der hiesigen Gendarmerie wurde der 30 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Johann Winter aus Heudorf (Amt Stodach) verhaftet. Winter hatte in der Nacht vom 12. auf 13. November in Heßeln Amt Stodach ein Landwirtschaftsanwesen in Brand gesteckt.

Freiburg, 24. Nov. Kardinal Dr. Schulte von Köln ist am Montag abend von seiner Romreise in Freiburg eingetroffen und bei Erzbischof Dr. Karl Frey abgetreten.

Leopoldshöhe bei Vörrach, 24. Nov. Mittwoch vormittag fand ein Mädchen an der Riechertstraße beim Pfaffenloch eine Briefmappe. Beim Öffnen bemerkte sie ein großes Bündel Banknoten. Sie wollte die Mappe auf der Polizei abgeben. Da kam ein Auto angefahren mit einem Herrn, der das Mädchen nach der Mappe fragte. Dieses handigte ihm den Fund ungeschmäleret ein. „Nehmt bin ich wirklich froh“, meinte der Autofahrer, „es sind nämlich 50 000 Franken in der Mappe“. Sprachs und drückte ihr vier Franken in die Hand und fuhr Wasel zu. Wenn es mit der Summe stimmt, so beträgt der Finderlohn nicht einmal 0,1 vom Tausend.

Totales.

Wilddad, den 25. November 1926.

Schutz dem Igel. Es herrscht vielfach noch die Unsitte, den Igel, wenn man eines solchen habhaft werden kann, in den Keller zu sperren, damit er Mäuse fängt. Diejenigen, die etwas derartiges tun, sind sich wohl vollständig im Unklaren darüber, welche Rohheit und Dummheit sie damit begehen, den Igel, eines unserer nützlichsten Tiere und besten Mäusefänger, seiner Freiheit zu berauben, um ihn im Keller regelmäßig auf elende Wesie zugrunde gehen lassen. Es ist Aufgabe aller Verständigen, für den Schutz und die Schonung dieses Tiers mit aller Entschiedenheit einzutreten.

Neun Stunden Tageslänge. Innerhalb der letzten drei Wochen hat die Länge des Tags abermals um eine Stunde abgenommen. Sie beträgt jetzt noch neun Stunden und geht bis zum kürzesten Tag, der bei uns auf den 23. Dezember fällt, um weitere 38 Minuten zurück.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Lehrauftrag über den Weltkrieg. Dem bekannten Militärschriftsteller Oberst a. D. Berthold Schwertfeger ist seitens des preussischen Ministers für Wissenschaft und Kunst und Volksbildung ein Lehrauftrag zur Haltung von Vorlesungen über Vorgeschichte, Verlauf und Ausgang des Weltkriegs an der Technischen Hochschule in Hannover erteilt worden.

Sonnensfinsternisforschung. Am 29. Juni nächsten Jahres findet eine volle Sonnensfinsternis statt. Die schwedische Astronomische Gesellschaft hat von der Regierung einen Betrag von 5000 Kronen erbeten für eine Forscherreise nach Nordland (nördlicher Teil Schwedens), wo die Sonnensfinsternis vorteilhaft, allerdings nur auf einer 15 bis 20 Kilometer breiten Spanne Landes gesehen werden kann. Die volle Verfinsternis dauert etwa 41 Sekunden, die Teilfinsternis zwei Stunden.

Die gefährlichen Haarnadeln. Die 75jährige Ehefrau Anna Scheuen in Hamburg kam in ihrer Wohnung zu Fall, wobei ihr Haarnadeln in die Schädeldecke drangen. Die Verunglückte ist an den Verletzungen gestorben.

Briefmarkendieb. Im April ds. Js. wurde dem bekannten Briefmarkensammler Prof. Schäfer in Weßeln eine Sammlung mit teilweise unerlässlichen Stücken im Wert von über 60 000 Mark gestohlen. Der Dieb, der Sattlerarbeiter Robert Franke aus Plauen in Sachsen, hatte sich außerdem wiederholt an der Verabreichung von Eisenbahngüterwagen beteiligt. Das Schöffengericht in Dresden verurteilte ihn zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Zwei Räuber gefangen. Die Gegend von Guttental in Obersachsen war schon lange Zeit durch Einbrüche, Wildereien, nächtliche Schießereien usw. einiger Räuber geangeltigt worden. Dem Treiben sollte nun endlich ein Ende gemacht werden. Zwei Brüder aus Guttental namens Felix wurden als die Uebelthäter festgestellt, und um die gefährlichen Wurschen dingfest zu machen, wurden 30 Landjäger aufgeboden. Die Räuber verteidigten sich, und es entspann sich ein förmliches Feuergefecht, bei dem ein Landjäger schwer verwundet wurde. Die Verbrecher wurden aber übermächtig. In einer Höhle entdeckte man ein großes Lager geraubter Güter, sowie Waffen, Fahrräder usw.

Großfeuer. Das Lagergebäude der Holzwarenfabrik Söllingen-Ustar (Hannover) ist mit sehr großen Borräten ein Raub der Flammen geworden.

Freigabe des Segelschiffs Carmen. Gegen die Beschlagnahme des Hamburger Segelschiffs „Carmen“, das 100 000 Risten Branntwein an Bord gehabt haben soll, durch ein amerikanisches Polizeischiff hat die deutsche Botschaft in Washington Vorstellungen erhoben, da die Beschlagnahme etwa 220 Kilometer von Neuport, also weit über der zulässigen Seepolizeigrenze erfolgt ist. Die Ladung war überdies nach Halifax bzw. Kanada bestimmt. Die „Carmen“ wurde freigegeben.

Die Alkohopolizei in Neuport beschlagnahmte einen aus Antwerpen eingelaufenen belgischen Dampfer wegen Alkoholschmuggels.

Grubenunglück. In einer Kohlengrube in Coleman (Alberta, Kanada) wurden 10 Bergleute verschüttet.

Schwere Unterschleife sind in den Altertumsausstellungen in Moskau festgestellt worden, in den alle Angestellten vom Direktor bis zum Förstler verwickelt sind. Eine große Menge wertvoller Gemälde wurde an Schieber und Zwischenhändler oder unmittelbar ins Ausland um ein Spottgeld verkauft. Wahrscheinlich war das Personal bestochen worden. Die Gemälde waren in Kisten in den Kellern des Museums verpackt; sie wurden daraus gestohlen und die Kisten mit Gerümpel gefüllt. Mehrere Bilder von Rafael, die einen Wert von Hunderttausenden haben, wurden um 3 bis 30 Rubel veräußert, andere Bilder sogar um wenige Kopfen. Eine große Zahl von Althändlern und anderen Mitgeschädigten wird sich mit den ungetreuen Beamten vor Gericht zu verantworten haben.

Seeräuberei in China. Fast täglich kommen nachgerade wieder Berichte von Ueberfällen verwegener chinesischer Seeräuber auf Handelsschiffe. Dieses Geschick widerfuhr auch dem anscheinend chinesischen Dampfer „Waiho“ am 19. Nov. Das Schiff war unter militärischer Bewachung von Schanghai nach Hongkong in See gegangen, als plötzlich 12 anscheinend gutgekleidete Reisende des Schiffs die Wachsoldaten und 3 Mann der Besatzung niederschossen und sich der Führung bemächtigten. Der Kapitän wurde gezwungen, in der Scheknaibucht zu landen. Ein Priester und sieben Schwestern der kanadischen Mission wurden 60 Stunden lang in einer Kabine gefangen gehalten. Nach der Landung wurden die Reisenden ganz ausgeplündert und die Schiffsladung geraubt. Die chinesischen Reisenden führten die Räuber als Geiseln mit sich fort.

Wachsende Einwohnerzahl Japans. Die amtlichen Erhebungen zeigen ein Anwachsen der Einwohnerzahl Japans im Jahr 1925 um 875 385 Köpfe, das ist die stärkste Zunahme die bisher zu verzeichnen gewesen ist. Dieses Ergebnis hat die Regierung veranlaßt, einen vierzigköpfigen Ausschuß zum Studium der Bevölkerungs- und Ernährungsfrage einzusetzen. Die Aufgabe dieses Ausschusses ist, die Richtlinien festzulegen, nach denen der Bevölkerungsüberschuß untergebracht und ernährt werden kann. Da verschiedene Länder der japanischen Einwanderung ihre Tore verschlossen haben, so kommt man auch auf die innere Kolonisation. Die Ziffern für 1925 weisen 2 086 091 Geburten und nur 1 210 706 Todesfälle auf. Der Geburtenüberschuß ist um 130 000 größer als im Jahr 1924.

Ein neuer Hans Sachs. Ein Schuhmacher, der dieser Tage kein Geld im Haus, aber viele Ausstände hatte, kam auf einen glücklichen Gedanken. Er nahm die Kundenliste durch, und um niemand zu verlegen, sandte er seine Rechnungen mit folgenden Versen:

Wegen überflüssigem Geldmangel
Werfe ich aus meine Angel
Um von meinen vielen Ausständen
Zu bekommen heut etwas in Händen.
Da ich nun weiß, daß Sie ein freundlicher Mann
Der Jedermann gern hilft, wo er kann,
So hoff ich, Sie senden mir obne Geburme
Die unten verzeichnete Summe.

Der Reimschuhmacher soll mit seinen Mahnbriefen kein schlechtes Geschäft gemacht haben.

Etwas VIM auf feuchtem Lappen putzt Dir Küche und Haus.

VIM

putzt und poliert alles.

V12

Leset die Zeitung! Ein Gastwirt in Erfurt wurde wegen Verstoßes gegen die Schaumweinsteuer zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte eine Bekanntmachung des Finanzamts über die Anmeldung der Borräte von Schaumwein in der Zeitung nicht gelesen. Das Gericht erklärte, jeder Geschäftsmann müsse die amtlichen Bekanntmachungen in den Zeitungen lesen.

ep. Wachstum der evang. Arbeitervereine. Die Bewegung der evang. Arbeitervereine ist in einem günstigen Fortgang begriffen. Am 1. Oktober 1925 betrug die Zahl der in dem Gesamtverband zusammengeschlossenen Organisationen 667 mit 93 397 Mitgliedern und 21 Berufsarbeitern. Daneben steht eine aufblühende Arbeiterinnenbewegung, die zurzeit 117 Vereine mit 8 500 Mitgliedern umfaßt. Die evang. Arbeiterpresse zählt 12 Blätter.

Wandererfürsorge in Württemberg und Baden. In Baden, das ebenso wie Württemberg von einem starken Wandererstrom durchzogen wird, wurden im Lauf der letzten Jahre 77 Wandererfürsorgeeinrichtungen eingerichtet. Diese Stellen gleichen den württ. Wandererfürsorgeeinrichtungen, unterscheiden sich jedoch von ihnen dadurch, daß der Arbeitszwang nicht überall durchgeführt wird. Auch fehlt es in Baden an den nach einem einheitlichen Plan festgesetzten und nach einer bestimmten Wanderordnung zu begehenden Wandererfürsorgeeinrichtungen. Sowohl in Württemberg wie in Baden wird es nun als ein empfindlicher Mangel empfunden, daß die badischen Einrichtungen mit den württembergischen in keiner Verbindung stehen. Am 12. November fanden in Bruchsal Verhandlungen statt, die erfreulicherweise in den wesentlichen Punkten Übereinstimmung ergaben und die Grundlage schufen für ein engeres Zusammenarbeiten in der Wandererfürsorge in beiden Ländern. Insbesondere soll sofort darauf hingewirkt werden, daß in den Grenzgebieten die badischen Wandererfürsorgeeinrichtungen und die württ. Wandererfürsorgeeinrichtungen in organischer Verbindung miteinander gebracht werden. Auch ist ein gemeinsamer Wandererfürsorgeausschuß für die Wanderer in Baden und Württemberg in Aussicht genommen. Ferner sollen auch in den badischen Wandererfürsorgeeinrichtungen die Wanderer künftig in der Regel zur Arbeit herangezogen werden, soweit eben Arbeit für sie beschafft werden kann. So ist zu hoffen, daß noch vor der anzustrebenden reichsgesetzlichen Regelung der Wandererfürsorge in den Ländern Baden und Württemberg ein einheitliches, zielbewusstes Vorgehen auf diesem wichtigen Gebiet herbeigeführt wird.

FEINKOSTMARGARINE

Blauband Butter

statt Butter

1/2 Pfd. 50 Pf.

